



Innenausschuss (37.) (öffentlich)

TOP 1 gemeinsam mit:

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (59.) (öffentlich)

6. Juni 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

9

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen zum Thema „Loverboy-Methode“ pflichtig zu beteiligen.

1 Gesetz zur Neuordnung des Statistikrechts für das Land Nordrhein-Westfalen 10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5197

Stellungnahme 17/1426
Stellungnahme 17/1556
Stellungnahme 17/1555
Stellungnahme 17/1398

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der Innenausschuss empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

2 Erkenntnisse zu Missbrauchsfällen in Lügde und im Kreis Minden-Lübbecke (s. Anlagen 1 und 2) 11

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2148
Vorlage 17/2207

3 Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen – Wir benötigen eine psychiatrische Präventionsambulanz für Risikopatienten 20

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5074

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

4 Gesetz zur Stärkung der kulturellen Funktion der öffentlichen Bibliotheken und ihrer Öffnung am Sonntag (Bibliotheksstärkungsgesetz) 21

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5637

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss für Kultur und Medien nachrichtlich zu beteiligen.

5 Zweites Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5976
Vorlage 17/2159

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

6 Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (Polizeibeauftragengesetz Nordrhein-Westfalen – PolBeaufG NRW) 23

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6147

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen im Rahmen einer Obleuterunde zu klären.

7 Sicherheitsdefizite für Flugpassagiere beseitigen – Landesregierung muss sich für die Bündelung aller Luftsicherheitsaufgaben in staatlicher Hand einsetzen 24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6258

Der Ausschuss kommt überein, das weitere Vorgehen im Rahmen einer Obleuterunde zu klären.

Innenausschuss (37.) (öffentlich)

06.06.2019

TOP 1 gemeinsam mit:

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (59.) (öffentlich)

8 Bunt, bunter, Straßenblockaden! Die Landesregierung muss ein tragfähiges Handlungskonzept gegen Chaoshochzeiten vorlegen! 25

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6262

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen im Rahmen einer Obleuterunde zu klären.

9 Angriffe auf Schweineställe in NRW (s. Anlage 3) 26

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2131

10 Razzia wegen Terrorhilfe in Oberhausen (s. Anlage 4) 27

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2133

11 Männer umzingeln und belästigen eine Frau und attackieren im Anschluss die Polizei (s. Anlage 5) 28

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2132

12 Expandieren die Verfassungsfeinde von „Realität Islam“ auch nach Nordrhein-Westfalen? (s. Anlage 5) 29

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2135

Innenausschuss (37.) (öffentlich)

06.06.2019

TOP 1 gemeinsam mit:

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (59.) (öffentlich)

- 13 Grüne, Jusos und andere linksradikale Gruppen verhindern den freien Diskurs mit Aggressionen (s. Anlage 5) 31**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2134
- 14 Wie ist die Haltung der Landesregierung zur Bundesratsinitiative von Niedersachsen und Bremen zur Verschärfung des Waffenrechts? (s. Anlage 6) 32**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2141
- 15 Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung gegen die hohe Zahl von Fahrraddiebstählen? (s. Anlage 6) 33**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2149
- 16 Wie will die Landesregierung einen besseren Schutz vor Telefonbetrügern sicherstellen? (s. Anlage 6) 34**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2140
- 17 Welche Konzepte verfolgt die Landesregierung bei minderjährigen Intensivtätern? (s. Anlage 6) 35**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2155
- 18 Welche Hintergründe sind über die Explosion in Hemer-Westig bekannt? (s. Anlage 6) 37**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2150

Innenausschuss (37.) (öffentlich)

06.06.2019

TOP 1 gemeinsam mit:

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (59.) (öffentlich)

19 Investitionen in die Infrastruktur der Polizei gefährdet? (s. Anlage 1) 38

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2139

20 Demonstrationen von „Die Rechte“ im Vorfeld der Europawahl (s. Anlage 1) 39

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2137

21 Rechtsextreme Plakate im Europawahlkampf (s. Anlage 1) 41

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2151

22 Belastungsbezogene Kräfteverteilung der Polizei (BKV) 2018 und 2019 (s. Anlage 1) 42

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2142

23 Polizeiverwaltungsassistentinnen und -assistenten in den Kreispolizeibehörden (s. Anlage 1) 43

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2136

24 Rechtsextremes Fest am 15. Juni in Olpe (s. Anlage 1) 44

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2144

Innenausschuss (37.) (öffentlich)

06.06.2019

TOP 1 gemeinsam mit:

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (59.) (öffentlich)

**25 Disziplinarrechtliche Überprüfung der Aussagen eines Bochumer
Polizisten (s. Anlage 1) 46**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2138

**26 Umsetzung der Empfehlungen des Projektes „Feuerwehrensache“
(s. Anlage 1) 47**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2143

**27 Sachstand im Hinblick auf rechtsextremistische Provokation vor Moschee
in Mönchengladbach (s. Anlage 7) 48**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2208
Vorlage 17/2209

* * *

1 Gesetz zur Neuordnung des Statistikrechts für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5197

Stellungnahme 17/1426

Stellungnahme 17/1556

Stellungnahme 17/1555

Stellungnahme 17/1398

Verena Schäffer (GRÜNE) bittet die Landesregierung um eine Bewertung der Kritik der kommunalen Spitzenverbände, dass beispielsweise Kreise nicht auf die Zahlen der Gemeinden zugreifen könnten, sowie zur interkommunalen Kooperation.

Die Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Universitätskliniken des Landes plädiere zudem für die geschlechterspezifische Auslesbarkeit der Daten.

RR'in Birgitta Milde (IM) erläutert, es handele sich beim Gesetzentwurf um ein Rahmengesetz, sodass konkrete Statistiken durch Fachrecht angeordnet werden müssten bei Auskunftspflicht durch Gesetz. Dieses sehe bereits unterschiedliche Datenzugriffsmöglichkeiten vor wie beispielsweise im Meldegesetz, das bei allen entsprechenden Aufgaben der Kreise und kreisfreien Städte die Datenübermittlung erlaube.

Die kommunale Gemeinschaftsarbeit werde grundsätzlich zugelassen und sollte im konkreten Fall durch Fachrecht normiert werden.

Geschlechterdifferenzierte Darstellungen erfolgten in den Fachstatistiken, was auf Bundesebene weitgehend schon geschehe. Die Statistik befleißige sich im statistischen Verbund sehr, die Statistiken geschlechterdifferenziert auszugestalten, sodass man dies auch auf Landesebene werde machen müssen.

Die geschlechterdifferenzierte Darstellung werde gefordert, sofern es dem Sinn der Statistik entspreche, wenn es also um Menschen gehe, denn es gebe auch Statistiken über dingliche Angelegenheiten wie etwa Gebäude.

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der Innenausschuss empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

